

International

Die Zeitschrift für internationale Politik

I/2021 • 7,50 €



BREXIT

Boris „Allein zu Hause?“



Politische Kultur im Wandel | USA | Kosovo | Rumänien | Türkei | Tunesien
Arabische Jugend | Kuba | Chile | Kuschana | Afrika 2021 | Ahmed Ben Salah



INHALT

Editorial

Fritz Edlinger 3

Politische Kultur im Wandel?

Ein Kommentar von Heinrich Neisser 5

Was wird sich unter Präsident Biden wirklich ändern?

Ein Kommentar von Wendelin Ettmayer 7

Schwere Zukunft für Großbritannien, Verlust für die EU

Kurt Bayer 11

Der (unbeendete) Normalisierungsprozess zwischen dem Kosovo und Serbien

Faruk Ajeti 15

Rumänien: Auch Dampf bringt Kohle

Günter Spreitzhofer 19

Türkei: Erdoğan in der Defensive?

Matin Baraki 22

Tunesien: Politisches Patt – Ein Rückblick auf zehn Jahre Revolution

Wolfgang Achleitner 26

Arabische Jugend 2020: Regierungskritisch und desillusioniert

Hanan Razak 30

Kubas neuer Anfang

Gerhard Drekonja-Kornat 34

Das chilenische Modell in der Krise

Omar Núñez Rodríguez und Kristina Pirker 39

Kulturfeuilleton:

Kuschana – Das multikulturelle Imperium

Hannes Fellner 44

Afrika-Seiten: Events und Non-Events rund um die Afrikanische Freihandelszone

Günther Lanier 49

Internationale Gewerkschaft: Nachruf: Ahmed Ben Salah

Marcus Strohmeier 56

Bücherschau

Aktuelle Rezensionen 58



Was wird sich unter Präsident Biden wirklich ändern?

Seite 7

Shutterstock/Maxx-Studio



Kosovo: Neuer Anlauf für einen Dialog?

Seite 15

Shutterstock/Giannis Papanikos



Arabische Jugend 2020: Regierungskritisch und desillusioniert

Seite 30

Adobe Stock/Other Edge



Events und Non-Events rund um die Afrikanische Freihandelszone

Seite 49

IMPRESSUM

International – Die Zeitschrift für internationale Politik | Medieninhaber, Herausgeber & Chefredaktion: Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik, Quellenstraße 2C, 1100 Wien | Mit der Herausgabe und Chefredaktion beauftragt: Fritz Edlinger, E-Mail: f.edlinger@international.or.at | Grafik: Thomas Lehmann | Redaktion & Verwaltung: Quellenstraße 2C, 1100 Wien; Internet: www.international.or.at, E-Mail: office@international.or.at | Druck: Berger, 3580 Horn | ISSN: 1010-9285 | Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasserin/des Verfassers wider und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar.

Neuer Anlauf für einen Dialog?

Der (unbeendete) Normalisierungsprozess zwischen dem Kosovo und Serbien

Die seit einem Jahrzehnt gescheiterten Bemühungen zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien sind eines der zentralen Probleme im Westbalkan. Die EU ist uneinig und die letzten Bemühungen seitens der USA haben eher die Probleme vergrößert als verkleinert. Neue europäische Initiativen und eine geänderte US-Balkanpolitik könnten hier Fortschritte bringen.

Von **Faruk Ajeti**



Shutterstock/Giannis Papanikos

Mitrovica, Kosovo: Kinder aus dem albanischen Teil spielen im Fluß Ibra, der die Stadt vom nördlichen serbischen Teil trennt

Die benachbarten Westbalkanstaaten Kosovo und Serbien versuchen seit Jahren, ihre Beziehungen unter Vermittlung der EU zu normalisieren. Es ist ein Prozess, der im Jahr 2011 angefangen hat und durch ständige Unterbrechungen geprägt ist. Die Normalisierung wird weder vom Kosovo noch von Serbien besonders gewünscht, ist aber, vor allem nach der Verabschiedung einer Resolution durch die UN-Generalversammlung zu Beginn des Dialogs zwischen Pristina und Belgrad im September 2010, notwendig und stellt auch eine Voraussetzung auf dem langen Weg zum EU-Beitritt dar. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich in den letzten Jahren stets verschlechtert. Kosovo bemühte sich, die Anerkennung der Unabhängigkeit innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft voranzutreiben, während Belgrad dies durch eine Gegenkampagne zu verhindern suchte.

Trotz der Tatsache, dass die EU den Dialog zwischen Belgrad und Pristina leitet, ist sie nicht in der Lage, eine einheitliche Haltung zur Frage der Unabhängigkeit des Kosovo einzunehmen. Fünf der EU-Mitgliedsstaaten (Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern) erkennen die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an. In diesem Sinne ist der Normalisierungsprozess zwischen Belgrad und Pristina durch viele Unbekannte gekennzeichnet, genauso wie dessen Ende nicht vorausszusehen ist.

Der Dialog zwischen Belgrad und Pristina hat in den vergangenen Jahren gezeigt, wie mühsam eine politische Annäherung zwischen den beiden Konfliktparteien ist. Die Bilanz ist deshalb auch unbefriedigend. 33 Abkommen innerhalb von neun Jahren wurden erzielt, aber einige von diesen wurden aufgrund des Mangels an politischem Willen von beiden Seiten nicht umgesetzt. Auf der

einen Seite stand die kosovarische Verhandlungsdelegation unter dem Druck sowohl der starken Oppositionsparteien als auch der Zivilgesellschaft, keine Konzessionen an Serbien zu machen. Auf der anderen Seite war die serbische Regierung dem Druck der stark geprägten nationalistischen und religiösen Kreise ausgesetzt, keine Zugeständnisse gegenüber dem Kosovo zu machen, da für diese der Kosovo als Teil Serbiens gilt. Dazu kommt noch die fehlende Uneinigkeit des Westens, wo ein Machtkampf zwischen Washington unter der Trump-Administration und der EU zu konstatieren war. Der vorliegende Artikel ist eine Darstellung der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes im Kosovo und in Serbien in Bezug auf die Normalisierung ihrer Beziehungen.

Kosovo: Dramatische Auswirkungen während der Pandemie

Während der herrschenden Covid-Misere befand sich die kosovarische Republik in einer innenpolitischen Krise. Bei der Parlamentswahl vom 6. Oktober 2019 schaffte es die Anti-Establishment-Bewegung Vetëvendosje (Selbstbestimmung) zum ersten Mal, nationale Wahlen zu gewinnen. Die Vetëvendosje unter dem linken Parteichef Albin Kurti bildete sodann eine Koalition mit der zweitstärksten Partei, der Mitte-Rechts-Partei LDK. Die neue Koalition nimmt als die Regierung mit der kürzesten Amtszeit von lediglich 50 Tagen eine besondere Stellung in der Entwicklung der neuen Republik ein. Inmitten der Coronakrise gab es am 25. März 2020 einen Regierungswechsel.

Auf den ersten Blick scheint es, dass der Umgang mit der Pandemie ein Problem für die Fortsetzung der Regierungsarbeit war. Es steckte aber viel mehr dahinter. Der Forderung des damaligen Staatspräsidenten, Hashim Thaci, wegen der Coronakrise den Ausnahmezustand zu verhängen, was auch die Zustimmung des von der LDK gestellten Innenministers Agim Veliu, fand, folgte die Entlassung von Ministerpräsident Kurti. Der im Parlament gestellte Misstrauensantrag gegen die Regierung Kurti wurde von 82 der insgesamt 120 Angeordneten angenommen.

Es war aber nicht nur der Umgang mit der Pandemie für die Abwahl Kurtis entscheidend sondern auch der Verlauf des Dialogs mit Serbien. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Richard Grenell, der von US-Präsident Donald Trump im Oktober 2019 zum Sondergesandten für den Dialog zwischen dem Kosovo und Serbien bestellt worden war, verpflichtete sich, die Gespräche zwischen beiden Staaten voranzutreiben. Dies fand aber nicht in Absprache mit der EU statt. Der Dialog war – aufgrund der verhängten Strafzölle für Waren aus Serbien – seit einiger Zeit auf Eis gelegen.¹ Um ihn wieder aufzunehmen, forderte der Trump-Vertraute Grenell von Ministerpräsident Kurti, die verhängten Strafzölle bedingungslos aufzuheben. Kurti widersprach und verlangte seinerseits von der serbischen Regierung, die Handelsbarrieren gegenüber dem Kosovo aufzuheben und darüber hinaus plante er die Handelsbeziehungen mit Serbien unter das Prinzip der Reziprozität zu stellen. So ging Kurti auf Konfrontationskurs mit den USA. Grenell bekräftigte die harte amerikanische Position: „Wir unterstützen die Halbheiten von Ministerpräsident Kurti nicht. Unsere Position ist ziemlich klar: Die Zölle müssen vollständig fallen. Herr Kurti macht einen ernsthaften Fehler“.² In diesem Konflikt mit der amerikanischen Administration spielte Kurtis Koalitionspartner (LDK) eine wesentliche Rolle. Die Entlassung des Innenministers durch Kurti und Kosovos Konfrontationskurs

mit Washington waren für die LDK maßgebend, den Misstrauensantrag gegen Kurti zu unterstützen. Staatspräsident Thaci beauftragte daraufhin Avdullah Hoti von der LDK, die Regierung zu bilden. In der Folge wählte das kosovarische Parlament am 3. Juni 2020 Hoti mit knapper Mehrheit zum Ministerpräsidenten. Allerdings ordnete das Verfassungsgericht am 21. Dezember 2020 vorgezogene Neuwahlen an, weil die Wahl Hotis durch das Parlament im Juni ungesetzlich war. Der Minderheitenabgeordnete Etem Arifi, der für Hoti stimmte, war nicht wahlberechtigt, da Arifi zum Zeitpunkt der Abstimmung wegen eines Betrugsvergehens strafrechtlich verurteilt war.

Eine Anklageschrift gegen Kosovos Staatspräsidenten: Zufall oder internationales Komplott?

Der Sturz Kurtis öffnete den Weg für die Wiederaufnahme des kosovarisch-serbischen Dialogs auf höchster politischer Ebene. So hatte Grenell – der bei einer möglich zweiten Amtszeit Trumps als Außenminister im Gespräch war – geplant, ein Treffen zwischen dem kosovarischen Staatspräsidenten Thaci und seinem serbischen Amtskollegen Aleksandar Vucic am 24. Juni 2020 im Weißen Haus zu organisieren, um die nachbarschaftlichen Beziehungen zu normalisieren. Inzwischen gab es eine unerwartete Neuigkeit, welche die amerikanischen Pläne scheitern ließ. Am 24. Juni, auf dem Weg nach Washington, war Thaci auf einem Zwischenstopp in Wien, als das Haager Sondergericht³ eine Pressemitteilung herausgab, dass ihm und neun weiteren ehemaligen UCK-Kämpfern eine Reihe von Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, darunter Mord, das Verschwindenlassen von Personen, Verfolgung und Folter.⁴ Als Resultat der Veröffentlichung dieser Anklage sagte Thaci seine Reise nach Washington ab und somit fiel auch das geplante Treffen im Weißen Haus ins Wasser.

Interessanterweise war die Anklage bereits am 24. April 2020 (Thacis Geburtstag) erhoben worden, allerdings erst zwei Monate später veröffentlicht. Der normale gerichtliche Prozess sieht vor, dass die Anklage zuerst von einem Richter bestätigt werden müsse, bevor sie öffentlich gemacht wird, was hier nicht der Fall war. Thaci wies alle Anschuldigungen zurück und kündigte seinen sofortigen Rücktritt an, falls das Haager Sondergericht die Anklage gegen ihn erheben werde. Thaci erklärte, dass er vielleicht „politische Fehler“ begangen habe, „Kriegsverbrechen jedoch nie“.⁵ „Das einzige Gesetz, das ich mit Füßen getreten habe, ist das von Milosevic“,⁶ führte er fort. Am 5. November 2020 trat Thaci nach der Bestätigung der Anklage zurück.

Die öffentliche Bekanntgabe der unbestätigten Anklage, die von einem Richter des Haager Sondergerichts bestätigt hätte werden müssen, und deren Veröffentlichung nur drei Tage vor dem kosovarisch-serbischen Treffen im Weißen Haus, löste eine heftige Debatte darüber aus, ob der Prozess gegen Thaci ein politischer sei oder ob etwas anderes dahinter stecke. Ob die Differenzen zwischen der EU und den USA hier eine Rolle gespielt haben, bleibt eine offene Frage. Fakt ist aber, dass einige EU-Mitgliedsstaaten (vor allem Deutschland und Frankreich) sich zu dem vorgesehenen Treffen im Weißen Haus sehr skeptisch geäußert hatten und es ständig Gerüchte gab, dass es sich dabei in Wirklichkeit um einen Gebietsaustausch zwischen dem Kosovo und Serbien handle, auf

1 Im November 2018 hatte die kosovarische Regierung Strafzölle für Waren aus Serbien und Bosnien und Herzegowina eingeführt, als eine Gegenreaktion auf die Ankündigung der serbischen Regierung die internationale Staatlichkeit des Kosovo nicht anzuerkennen. Belgrad sprach sich für eine Fortsetzung des Dialogs aus, wenn die kosovarische Regierung die Strafzölle zurücknimmt.

2 Michel Martens, „Herr Kurti macht einen ernsthaften Fehler“, 28.2.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kosovo-legt-sich-erstmal-washington-an-16656265.html>.

3 Das Haager Sondergericht wurde im Jahr 2015 durch eine Resolution im kosovarischen Parlament eingerichtet, um die Verbrechen während des Kosovo-Kriegs 1998/1999 strafrechtlich zu verfolgen..

4 Vgl. Kosovo Specialist Chambers & Specialist Prosecutor's Office, 24.6.2020, <https://www.scp-ks.org/en/press-statement>.

5 Thaci will bei Bestätigung der Haager Anklage zurücktreten, 30.6.2020, <https://orf.at/stories/3171640/>.

6 Adelheid Wölfl, „Kosovos Präsident Thaci will erst zurücktreten, wenn Richter Anklage bestätigt“, 29.6.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000118398048/kosovos-praesident-thaci-will-erst-zuruecktreten-wenn-richter-anklage-bestaetigt>.

den sich Thaci und Vucic bereits vor einigen Jahren geeinigt haben.⁷ Obschon bis jetzt diese Gerüchte nicht verifiziert sind, gab es die Befürchtung, dass unter Grenells Vermittlung ein Gebietsaustausch die ganze Region destabilisieren würde und ein mögliches Abkommen zwischen verfeindenden Staaten als eine „Show“ von Präsident Donald Trump für die nahende US-Präsidentschaftswahl im November benutzt werde. Grenell dementierte dies und bekräftigte, dass seine diplomatischen Bemühungen nur mit der Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Verhandlungsparteien zu tun haben.

Obwohl die EU seit 2011 den Dialog zwischen Belgrad und Pristina leitet, wurde zu dem geplanten Treffen im Weißen Haus kein Vertreter der EU eingeladen. Die EU ist der größte Wirtschaftsfaktor für die Westbalkanstaaten, allerdings zeigt die Westbalkan-Region auch die Schwäche der europäischen Außenpolitik deutlich auf. Der ehemalige österreichische Spitzendiplomat und frühere EU-Sonderbeauftragte für den Kosovo, Wolfgang Petritsch, sagte vor Kurzem im Interview mit dem Handelsblatt: „Allerdings schaffen es die USA im Gegensatz zur EU durch ihre machtpolitisch-pragmatische aber auch ‚undiplomatische Diplomatie‘, die Themen scheinbar besser zu kommunizieren. Der Sonderbeauftragte Grenell scheint, bisher jedenfalls, das Vertrauen beider Seiten zu genießen.“⁸ Die parallel laufenden Gespräche (einerseits unter Vermittlung der EU und andererseits unter der USA als Mediator) zwischen dem Kosovo und Serbien spiegelten die tiefe Spaltung zwischen den USA und der EU wider. Der deutsche Parlamentarier und Koordinator für die transatlantischen Beziehungen der deutschen Bundesregierung, Peter Beyer, äußerte Kritik an der Trump-Administration: „Zum einen waren selbst die besten Kenner und diejenigen, die in der US-Balkanpolitik am erfahrensten waren und sind, sowohl im Department of State als auch im National Security Council, geradezu vor den Kopf gestoßen, als Grenell plötzlich auf die Westbalkan-Bühne trat. Schlimmer noch, er versäumte es, auf die wertvolle Erfahrung und gute Arbeit seiner US-Kollegen zurückzugreifen.“⁹

Trumps vermischt Friedenspolitik auf dem Balkan und im Nahen Osten

Auch wenn das geplante Treffen in Washington Ende Juni – als Folge der Veröffentlichung der Anklage gegen Thaci – verhindert wurde, wollte es der US-Gesandte Grenell zwei Monate später um jeden Preis nachholen. Am 4. September empfing Präsident Trump den kosovarischen Premierminister Hoti und den serbischen Präsidenten Vucic im Weißen Haus, wo ein amerikanisch-kosovarisch-serbischer Dreierpakt zur Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen unterzeichnet wurde. Die Bilder dieses Treffens gingen um die Welt. Trump sprach von einem „historischen Tag“. Trump: „Die beiden Länder waren in der Lage, einen wichtigen Durchbruch zu erreichen, den niemand für möglich gehalten hätte.“¹⁰ Die Vereinbarung sieht vor, dass beide Staaten sich verpflichten, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu normalisieren. Das Wirtschaftspaket umfasst eine direkte Flugverbindung zwischen Belgrad und Pristina, den Bau einer Belgrad-Pristina-Autobahn und einer Belgrad-Pristina-Bahnstrecke. Laut der verabredeten wirtschaft-

lichen Normalisierung sollen mehrere Infrastrukturprojekte auch in Kooperation mit der U.S. International Development Finance Corporation (IDFC) abgewickelt werden. Weiteres soll der Kosovo in die „Mini-Schengen“-Initiative eintreten, die Albanien, Nord-Mazedonien und Serbien im Jahr 2019 initiiert hatten. Zusätzlich sollen die Bürger beider Länder künftig mit Personalausweisen die Grenze überqueren können.

In der Tat umfasst das Abkommen auch heikle politische Themen. Belgrad und Pristina einigten sich darauf, ein einjähriges Moratorium bezüglich der Mitgliedschaft des Kosovo in internationalen Organisationen umzusetzen. Einerseits soll der Kosovo keinen Antrag zur Mitgliedschaft in internationalen Organisationen stellen, andererseits soll Serbien seine Kampagne gegen die Unabhängigkeit des Kosovo einstellen.

Das Washingtoner Abkommen hat nicht nur einen wirtschaftlichen und politischen Hintergrund, sondern auch geopolitische Auswirkung auf den Nahen Osten. Präsident Trump hatte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu überzeugt, den Kosovo als unabhängigen Staat anzuerkennen, nachdem der Kosovo sich bereit erklärt hatte, seine Botschaft in Jerusalem zu eröffnen. Auf der anderen Seite verpflichtete sich Serbien – nach dem Vorbild der USA – seine Botschaft bis Juli 2021 von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Dieser Schritt macht Serbien zum ersten europäischen Land, das die Botschaft nach Jerusalem verlegt. Kosovo und Serbien verpflichteten sich auch dazu, die Hisbollah als Terrororganisation zu bezeichnen und gegen die Diskriminierung von Homosexuellen aufzutreten. Auch ein anderer Punkt hatte geopolitische Verknüpfungen, nämlich dass der Kosovo und Serbien zusichern, aus dem 5G-Netz „nicht vertrauenswürdige Anbieter“ auszuschließen.¹¹

Vucics Wahlsieg auf dem Weg zur Alleinherrschaft

Kaum ein anderes Jahr war für den serbischen Präsidenten Vucic so ereignisreich wie 2020, ein Jahr, das darüber hinaus die serbische Innen- und Außenpolitik geprägt hat. Die Ereignisse reichen von der Krisenbewältigung zwischen seinem Wahlerfolg, als seine Partei die Parlamentswahlen in Serbien (am 21. Juni) gewann, bis zu seinem von internationalen Medien festgehaltenen merkwürdigen Verhalten gegenüber Trump im Weißen Haus (am 4. September) bei der Unterzeichnung der Vereinbarung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Kosovo.

Obwohl anfangs Präsident Vucic und seine Regierung die Bedrohung durch das Coronavirus (Ende Februar), das vom Gesundheitsberater der Regierung als „das lächerlichste Virus der Menschheit“ bezeichnete wurde, nicht ernst genommen haben, änderte er einige Wochen später seinen politischen Kurs, indem er mit strengen Vorsichtsmaßnahmen wie Polizeisperrstunde und Ausgangssperren bis zur Ausrufung des Ausnahmezustandes dieser Krise Herr werden wollte. Vucic änderte auch die außenpolitische Ausrichtung seines Landes. Am 17. März 2020 kritisierte er die EU-Entscheidung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezüglich des Exportstopps von medizinischen Schutzgütern und lobte die Volksrepublik China: „Ursula von der Leyen hat beschlossen, dass wir kein Recht auf diese Güter haben. Jetzt ist jedem klar, dass die europäische Solidarität nicht existiert. Es war ein schönes Märchen. Die einzige, die uns jetzt helfen kann, ist die Volksrepublik China. Ich habe einen Brief an Xi Jinping geschrieben, ich habe ihn nicht Freund genannt, sondern Bruder, nicht meinen persönlichen Freund, sondern den Freund

⁷ Peter Münch, „Kosovo: Sturz nach sieben Wochen“, 26.3.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/kosovo-sturz-nach-sieben-wochen-1.4858472>.

⁸ Eva Fischer/Hans-Peter Siebenhaar, „Die EU und die USA sind im geopolitischen Wettkampf um den Westbalkan“, 12.7.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/serbien-kosovo-konflikt-die-eu-und-die-usa-sind-im-geopolitischen-wettkampf-um-den-westbalkan/25995274.html?ticket=ST-2819519-uzU12q3ojJnlybQxObWf-ap2>.

⁹ Adelheid Wölfl, „Kooperation der EU und der USA in Südosteuropa ist zerstört“, 3.11.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000121349449/kooperation-der-eu-und-der-usa-in-suedosteuropa-ist-zerstoert>.

¹⁰ Serbien und Kosovo nähern sich ökonomisch an, 4.9.2020, <https://www.dw.com/de/serbien-und-kosovo-n%C3%A4hern-sich-%C3%B6konomisch-an/a-54821839>.

¹¹ Vgl. Abkommen zur wirtschaftlichen Normalisierung im Weißen Haus. Es setzt sich aus zwei Dokumenten zusammen, jenes für Serbien und jenes für den Kosovo.

und Bruder meines Landes. Nur China kann uns helfen.“¹² Der Politologe und Balkan-Experte Vedran Džihic analysiert in einer Studie: „Im Zuge der Coronakrise und mit Vučićs demonstrativ zur Schau gestellten Hinwendung in Richtung China passierte es nun zum ersten Mal, dass das Land als Alternative zur EU dargestellt wird“. Er führt fort, „die starke symbolische Hinwendung zu China (und auch zu Russland) wird – zumindest in Serbien – nicht ohne Folgen bleiben“.¹³

Ohne Folgen scheinen auch die steigenden Autoritätsbemühungen Vucics zu sein, der im Schatten der Pandemie außerhalb verfassungsmäßiger Befugnisse agierte. Im Zuge der schrittweisen Rücknahme der strengen Quarantänemaßnahmen bereitete Vucic das Terrain zur Abhaltung von Parlamentswahlen vor. Trotz der Gefahr durch die steigende Zahl von Corona-Infektionen und ohne zwingenden Grund für eine vorzeitige Abhaltung der Parlamentswahlen traf Präsident Vucic die Entscheidung (Anfang Mai), dass die Parlamentswahlen in Serbien am 21. Juni 2020 abgehalten werden sollen und somit machte er Serbien zum ersten Land in Europa, das in Zeiten der Covid-19 Pandemie Parlaments- und Kommunalwahlen abhielt. Aus rein politischen und taktischen Gründen sowie mit Hilfe der kontrollierten Medien schafften es Präsident Vucic und seine Serbische Fortschrittspartei (SNS), die Macht in Serbien auszuweiten und die vollständige Kontrolle über den serbischen Staat zu erlangen. Wie vor der Wahl zu erwarten war, gewann die SNS rund 62% der Stimmen und erhielt 191 der 250 Sitze im Parlament. Überdies gewann die SNS auch die Kommunalwahlen, die parallel zu den Parlamentswahlen stattfanden. Die vor der Wahl marginalisierte und gespaltene Opposition boykottierte die Wahlen, ein Teil der Oppositionsparteien nahm aber an den Wahlen teil, diese sind aber ohnehin als größte Wahlverlierer zu bezeichnen. Der SNS-Regierungspartner, die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) unter Führung von Außenminister Ivica Dacic, erreichte etwa elf Prozent der Wählerstimmen und erhielt 32 Mandate. Mit diesem doppelten Wahlsieg auf allen Ebenen hat Vucic Serbien in einen Einparteiensstaat umgewandelt, in dem er und seine Partei alle staatlichen Institutionen (Parlament, Regierung und Präsidentenamt) und die mediale Öffentlichkeit Serbiens vollständig kontrollieren.¹⁴

Angesichts der Erosion des Rechtsstaates und der zunehmenden anti-westlichen Rhetorik wurde Vucic mit heftigen Demonstrationen konfrontiert. Nur einige Tage nach seinem Wahlsieg erlebte Serbien gewalttätige Ausschreitungen wegen der Corona-Schutzmaßnahmen. Zahlreiche serbische Bürger demonstrierten in Belgrad und in anderen serbischen Städten gegen Vucics Ankündigung der Ausgangssperre. Nicht nur die Corona-Politik der Regierung und die brutalen Übergriffe der Polizei (mit Tränengas und Knüppel gegen Demonstranten) führten zur Forderung nach Vucics Rücktritt. Ein weiterer Grund für die Proteste war der angekündigte Dialog mit dem Kosovo, nachdem Vucic der deutsch-französischen Vermittlung (durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron) zugestimmt hatte, die Gespräche mit dem Kosovo wiederaufzunehmen.¹⁵ Die serbischen nationalistischen Demonstranten warfen Vucic vor, in der Frage des Dialogs mit dem Kosovo ein Verräter zu sein. Auf der anderen Seite wird Vucic nicht nur innerhalb Serbiens, sondern

auch in der EU und in den USA als zentrale Figur für den Dialog mit dem Kosovo angesehen.

Bidens Wahlsieg und die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität

Die US-Präsidentenwahl 2020 wird eine große Auswirkung auf den Balkan haben. Schon während des US-Wahlkampfes im Oktober hatte das Biden-Harris-Team an die albanisch/kosovarische, bosnische und griechische Diaspora in den US drei getrennte Strategiepapiere gerichtet und deren Unterstützung gesucht. Die meisten bosnischen und kosovarischen Politiker sprachen sich für Biden aus, während einige serbische Parteien, mehr oder weniger direkt, Trump unterstützten.

Die Balkan-Region stellt dabei eine Region dar, in welcher der neue amerikanische Präsident Joe Biden sich schon seit den 1990ern engagierte und er folglich über eine große Expertise verfügt. Mit Bezug auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen Pristina und Belgrad hat Biden versprochen, dass er im Gegensatz zur Trump-Administration versuchen wird, in Partnerschaft mit der EU den Dialog zwischen dem Kosovo und Serbien wiederzubeleben – und zwar „um eine stabilisierende, gerechte und umfassende Einigung zwischen den beiden Staaten zu ermöglichen, die die territoriale Integrität des Kosovo respektiert und eine vollständige gegenseitige Anerkennung erreicht.“¹⁶ Biden versprach, dass er den unausgewogenen Ansatz der Trump-Administration gegenüber dem Kosovo und Serbien rückgängig machen wird und von der EU verlangt, ihr Versprechen einzuhalten, den Bürgern des Kosovo eine Visaliberalisierung zu gewähren, und andere Schritte zu unternehmen, um die EU-Integration des Kosovo voranzutreiben.¹⁷

Als überzeugter Transatlantiker vertritt Biden die These, dass es immer dann am Balkan Frieden und Stabilität gäbe, wenn die USA und Europa auf einer gemeinsamen Linie wären. Somit hätte man die positiven Ereignissen am Balkan ohne enge bilaterale Kooperation zwischen der USA und Europa nicht geschafft.¹⁸ Eine Biden-Präsidentschaft wird die jahrelang bestehenden Probleme am Balkan nicht lösen. Aber sie wird zumindest von einem Gefühl des Verstehens beherrscht werden. Als erfahrener (Außen-)Politiker mit transatlantischer Prägung bleibt Biden eine große Hoffnung. Gleichzeitig dient seine Präsidentschaft auch historisch gesehen als ein Mahnruf: Denn gerade auf dem Balkan war die Führung der USA in der nahen Vergangenheit von entscheidender Bedeutung. Selbstverständlich in enger Kooperation mit der EU. 

Dr. Faruk Ajeti ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip). Er war Austrian Marshall Plan Visiting Scholar an der Nitze School of Advanced International Studies an der Johns Hopkins University in Washington DC. Ajeti schloss sein Doktorat zum Thema „Die Kosovopolitik Österreichs in den Jahren 1986-1999“ am Institut der Politikwissenschaft an der Universität Wien ab.

E-Mail: f.ajeti@hotmail.com

¹² Vedran Džihic, „Neue Zeitenrechnung? Europäische Entfremdungsprozesse in Südosteuropa“, *Der Standard*, 10.4.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000116721250/neue-zeitenrechnung-europaeische-entfremdungsprozesse-in-suedosteuropa>.

¹³ Vedran Džihic, „Die Corona-Krise auf dem Westbalkan – Eine erste Analyse des Verlaufs, der Folgen sowie der demokratiepolitischen Implikationen“, *Südosteuropa Mitteilungen* 01-02/2020, 60. Jahrgang, S. 13.

¹⁴ Siehe das Bericht von „Freedom House“ (2020), in dem die Erosion der serbischen Demokratie nach 2012 als Vucic und seine Partei die Macht in Serbien übernahmen, drastisch verstärkt wurde, <https://freedomhouse.org/country/serbia/freedom-world/2020>.

¹⁵ <https://www.dw.com/de/neue-krawalle-in-belgrad/a-54135298>.

¹⁶ Joe Biden's Vision for U.S. Relations with Albania and Kosovo, *Illyria Press*, <http://illyriapress.com/joe-bidens-vision-for-u-s-relations-with-albania-and-kosova/>.

¹⁷ Ebda.

¹⁸ Vgl. Faruk Ajeti, „Why the Western Balkans still matter“, *The Hill*, 12.2.2020, <https://thehill.com/opinion/international/472613-why-the-western-balkans-still-matter>.